BRD-DDR-Systemvergleich, wirtschaftlich

Seit eine Million Arbeitslose fast schon als Normalität gilt und allenthalben wirtschaftliche Krisenerscheinungen spürbar werden, hat die früher beliebte Praxis, die Leistungsfähigkeit der BRD-„Marktwirtschaft" an den wirtschaftlichen Resultaten sozialistischer Politik in der DDR zu messen, viel von ihrer Eindruckskraft verloren. Interessant ist, wie sich die veränderte Perspektive in einem *nach* 1973 entstandenen bundesdeutschen Lehrbuch, Harald Winkels „Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945—1970" *) darstellt.

Winkels Untersuchung soll in Schul- und Hochschulausbildung als einführender Grundlagentext benutzt werden. Sie bietet einen teilweise mit Zahlen und Daten gespickten Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in beiden deutschen Staaten, vermeidet fachsprachliche Trockenheit und kommt bei einer abschließenden Beurteilung der Ergebnisse ökonomischer Systemkonkurrenz im Kontrast zu gängigen Vorstellungen zu der Aussage, „daß das reale Entwicklungstempo im Verlauf der letzten 20 Jahre in beiden Staaten in etwa gleich stark war" (S. 182). Winkel resümiert: „Im Vergleich zur BRD ... war die wirtschaftliche Entwicklung der DDR seit 1963 ununterbrochen erfolgreich, die Investitionen stiegen stärker als in der BRD, und der individuelle Konsum erhöhte sich in etwa dem gleichen Ausmaß ... Rein mengenmäßig hat die DDR in Produktion und Versorgung zu Beginn der 1970er Jahre den Anschluß an die BRD erreicht" (177).

Wie Winkel allerdings zu einer solchen Schlußfolgerung kommen kann, bleibt ein Rätsel. Die Grundlage seiner Analyse (die vor allem im Abschnitt über Reparationen und Demontagen nach 1945 eine Reihe nützlicher Daten enthält) ist eine platte neoliberale Konzeption, eine radikale Ausklammerung politischer und sozialtheoretischer (bzw. soziologischer) Fragestellungen und eine durch diesen Rahmen begrenzte Gegenüberstellung eines Einerlei statistischer Daten. Für Winkel verlängerte sich nach 1945 die nationalsozialistische Ökonomie bruchlos in sowjetzonale Wirtschaft, während in der BRD eine echte Wirtschaftsreform stattfand: „Dem in den drei Westzonen geglückten Versuch, eine neue Wirtschaftsordnung zu gestalten, stand in der sowjetischen Zone nichts vergleichbares gegenüber. Auseinandersetzungen um die Neuordnung des Wirtschaftslebens wurden hier nicht geführt ... Vielmehr wurden das überkommene System des staatlichen Lenkungsapparates sowie die kriegswirtschaftlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen voll übernommen und im Sinne einer sozialistischen Planwirtschaft weiter ausgebaut" (64); es „bedurfte ja nur weniger organisatorischer Veränderungen, um das 1945 vorgefundene planwirtschaftliche Modell für die eigenen Ziele nutzbar zu machen" (170). Auf der Grundlage dieses weder empirisch noch theoretisch haltbaren Konzepts setzt Winkel dem Leser eine ganze Menge gängiger Behauptungen vor, die sich in der konservativen bzw. antikommunistischen Wirtschaftsgeschichte seit jeher vorfinden.

Das beginnt mit der Rede von „der erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD" (12), setzt sich fort in der Behauptung von der Zwangssowjetisierung und -bolschewisierung der SBZ (26, 170) — während andererseits in den Westzonen die „Marktwirtschaft" offenbar ganz von alleine entstand — und klammert daher konsequent die wirtschaftsgestaltenden und -aufbauenden Aktivitäten der deutschen Arbeiterbewegung in Deutschland aus. Die Entnazifizierung ist Winkel unangenehm: vornehm erwähnt er den „Einfluß einer Reihe von Prozessen, in denen das Verhalten der Großkonzerne und ihrer Führer untersucht wurde" (50), erwähnt aber vorsichtshalber nicht, warum und mit welchem Resultat. Das paßt in ein Konzept, das zwischen Faschismus und Sozialismus und nicht zwischen Kapitalismus und Faschismus einen Zusammenhang herstellen will. Natürlich findet sich die problematische These von der weitgehenden Auspowerung der SBZ/DDR durch die SU, die solange unverständlich bleibt, als nicht von der materiellen Lage der SU nach 1945 und der Änderung der Wirtschaftsbeziehungen im zweiten Drittel der 50er Jahre die Rede ist. Die Aktivität der USA nach 1945 zur Restauration der kapitalistischen Ökonomie erscheint als uneigennützige Hilfe aus humanen Motiven. Das planwirtschaftliche Sy-

*) Harald Winkel, Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945—1970, Wiesbaden 1974, 217 S., Wiss. Paperbacks 4, Sozial und Wirtschaftsgeschichte.

stem ist für Winkel voller „Schwerfälligkeit, Kompetenzüberschneidung, Fehlplanung und Improvisation" (65) — empirische Beweise oder ein Bemühen, die strukturelle Bedingtheit solcher Eigenheiten der Planwirtschaft gründlich abzuleiten, erübrigen sich. Im Wirtschaftssystem der BRD dagegen waltet die „Unternehmerinitiative" (63) in „einer vom Zwang befreiten Wirtschaft" (63 f.), welche der „Eigeninitiative" und dem „Leistungswillen" (200) den ihnen zustehenden marktwirtschaftlichen Raum gibt. Daher gibt es hierzulande Südfrüchte, welche in der DDR „nach wie vor nur selten im Angebot" (194) sind. Rainer Rilling

Dokumente zum Zeitgeschehen

Stellungnahme des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg zur Ablehnung der Ernennung von Dr. Jürgen Harrer zum Dozenten im Beamtenverhältnis auf Zeit durch das hessische Kultusministerium

(Auszüge)

Die wachsenden Proteste des Auslands gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik haben mehrere Repräsentanten der SPD-Führung dazu veranlaßt, sich von dieser seit mehreren Jahren auch von ihnen mitgetragenen Politik teilweise zu distanzieren. Diese Wendung wird in der Regel mit der Behauptung verbunden, lediglich die Praxis der von CDU und CSU regierten Länder habe zur Diskreditierung der Bundesrepublik beigetragen. Auffallend ist aber schon seit längerer Zeit eine zunehmende Anpassung der Berufsverbotspolitik SPD/FDP-regierter Länder an die Gepflogenheiten von CDU/CSU-Verwaltungen.

Ein Beispiel dafür liefert die Ablehnung der Bewerbung des Politikwissenschaftlers Dr. Jürgen Harrer um eine zeitlich befristete Hochschullehrerstelle am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg. In seinem Ablehnungsbescheid verweist das hessische Kultusministerium darauf, es habe zur Beurteilung Harrers zusätzliche Gutachten von Fachkollegen außerhalb Hessens herangezogen. Diese Gutachten selbst werden ebenso wie die Namen ihrer Verfasser vom Ministerium geheimgehalten. Derartige Geheimgutachten waren bislang nur in von CDU und CSU regierten Ländern üblich. Weiterhin wird Harrer angelastet, sich marxistischer Methoden zu bedienen. Hieraus leitet das Ministerium die Behauptung ab, eine umfangreiche Untersuchung Harrers über die Geschichte der SPD besitze weder Originalität noch Selbständigkeit „und bringe kaum Erkenntnisfortschritt für die Wissenschaft". Darüber hinaus wird Harrer aber auch noch vorgehalten, eine seiner Arbeiten entspreche nicht den Fragestellungen des „Kritischen Rationalismus". Erstmals wird hier also nicht nur Distanz vom Marxismus, sondern sogar das Bekenntnis zu einer bestimmten bürgerlichen Doktrin erwartet. Dies ist eine absolut neue Variante in der Berufsverbotspraxis.

Kurt Bayertz hat in den „Blättern" 3 und 4/1976 nachgewiesen, wie sehr sich SPD-Politiker in Staatspositionen für eine Erhebung des „Kritischen Rationalismus" zur Parteidoktrin einsetzen. In der Ablehnungsbegründung gegen Dr. Harrer gerät diese Lehre überdies zu einem Kriterium für Berufsverbote, also zur Staatsdoktrin.

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einer Stellungnahme des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg zu diesem Fall. D. Red.